

Inhalt

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz – AGG

Abschnitt 1 – Allgemeiner Teil	28
§ 1 Ziel des Gesetzes	28
§ 2 Anwendungsbereich	28
§ 3 Begriffsbestimmungen	28
§ 4 Unterschiedliche Behandlung wegen mehrerer Gründe	29
§ 5 Positive Maßnahmen	29
Abschnitt 2 – Schutz der Beschäftigten vor Benachteiligung	29
Unterabschnitt 1 – Verbot der Benachteiligung	29
§ 6 Persönlicher Anwendungsbereich	29
§ 7 Benachteiligungsverbot	30
§ 8 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen beruflicher Anforderungen	30
§ 9 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder Weltanschauung	30
§ 10 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen des Alters	30
Unterabschnitt 2 – Organisationspflichten des Arbeitgebers	31
§ 11 Ausschreibung	31
§ 12 Maßnahmen und Pflichten des Arbeitgebers	31
Unterabschnitt 3 – Rechte der Beschäftigten	32
§ 13 Beschwerderecht	32
§ 14 Leistungsverweigerungsrecht	32
§ 15 Entschädigung und Schadensersatz	32
§ 16 Maßregelungsverbot	32
Unterabschnitt 4 – Ergänzende Vorschriften	33
§ 17 Soziale Verantwortung der Beteiligten	33
§ 18 Mitgliedschaft in Vereinigungen	33
Abschnitt 3 – Schutz vor Benachteiligung im Zivilrechtsverkehr	33
§ 19 Zivilrechtliches Benachteiligungsverbot	33
§ 20 Zulässige unterschiedliche Behandlung	34
§ 21 Ansprüche	34
Abschnitt 4 – Rechtsschutz	35
§ 22 Beweislast	35
§ 23 Unterstützung durch Antidiskriminierungsverbände	35
Abschnitt 5 – Sonderregelungen für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	35
§ 24 Sonderregelung für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	35
Abschnitt 6 – Antidiskriminierungsstelle des Bundes und Unabhängige Bundesbeauftragte oder Unabhängiger Bundesbeauftragter für Antidiskriminierung	35
§ 25 Antidiskriminierungsstelle des Bundes	35
§ 26 Wahl der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung; Anforderungen	36
§ 26a Rechtsstellung der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	36
§ 26b Amtszeit der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	36
§ 26c Beginn und Ende des Amtsverhältnisses der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung; Amtseid	36
§ 26d Unerlaubte Handlungen und Tätigkeiten der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	37
§ 26e Verschwiegenheitspflicht der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	37
§ 26f Zeugnisverweigerungsrecht der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	38

§ 26g	Anspruch der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung auf Amtsbezüge, Versorgung und auf andere Leistungen.....	38
§ 26h	Verwendung der Geschenke an die Unabhängige Bundesbeauftragte oder den Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung.....	39
§ 26i	Berufsbeschränkung.....	39
§ 27	Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.....	39
§ 28	Amtsbefugnisse der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung und Pflicht zur Unterstützung durch Bundesbehörden und öffentliche Stellen des Bundes	40
§ 29	Zusammenarbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit Nichtregierungsorganisationen und anderen Einrichtungen	40
§ 30	Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.....	40
Abschnitt 7 – Schlussvorschriften.....		41
§ 31	Unabdingbarkeit	41
§ 32	Schlussbestimmung.....	41
§ 33	Übergangsbestimmungen.....	41

Arbeitsgerichtsgesetz (Auszug) – ArbGG

§ 61b	Klage wegen Benachteiligung	44
-------	-----------------------------------	----

Arbeitszeitgesetz – ArbZG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		46
§ 1	Zweck des Gesetzes.....	46
§ 2	Begriffsbestimmungen.....	46
Zweiter Abschnitt – Werktägliche Arbeitszeit und arbeitsfreie Zeiten.....		46
§ 3	Arbeitszeit der Arbeitnehmer.....	46
§ 4	Ruhepausen.....	46
§ 5	Ruhezeit	46
§ 6	Nacht- und Schichtarbeit	47
§ 7	Abweichende Regelungen	47
§ 8	Gefährliche Arbeiten	49
Dritter Abschnitt – Sonn- und Feiertagsruhe		49
§ 9	Sonn- und Feiertagsruhe	49
§ 10	Sonn- und Feiertagsbeschäftigung	49
§ 11	Ausgleich für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung.....	51
§ 12	Abweichende Regelungen	51
§ 13	Ermächtigung, Anordnung, Bewilligung.....	51
Vierter Abschnitt – Ausnahmen in besonderen Fällen		52
§ 14	Außergewöhnliche Fälle.....	52
§ 15	Bewilligung, Ermächtigung.....	53
Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes		54
§ 16	Aushang und Arbeitszeitzachweise	54
§ 17	Aufsichtsbehörde.....	54
Sechster Abschnitt – Sonderregelungen		55
§ 18	Nichtanwendung des Gesetzes	55
§ 19	Beschäftigung im öffentlichen Dienst.....	55
§ 20	Beschäftigung in der Luftfahrt.....	55
§ 21	Beschäftigung in der Binnenschifffahrt	55
§ 21a	Beschäftigung im Straßentransport.....	56
Siebter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften		57
§ 22	Bußgeldvorschriften	57

§ 23	Strafvorschriften	57
Achter Abschnitt – Schlussvorschriften		57
§ 24	Umsetzung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Rechtsakten der EG	57
§ 25	Übergangsvorschriften für Tarifverträge	57

Bürgerliches Gesetzbuch (Auszug) – BGB

§ 611a	Arbeitsvertrag	60
§ 612	Vergütung	60
§ 612a	Maßregelungsverbot	60

Jugendarbeitsschutzgesetz – JArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		62
§ 1	Geltungsbereich	62
§ 2	Kind, Jugendlicher	62
§ 3	Arbeitgeber	62
§ 4	Arbeitszeit	62
Zweiter Abschnitt – Beschäftigung von Kindern		62
§ 5	Verbot der Beschäftigung von Kindern	62
§ 6	Behördliche Ausnahmen für Veranstaltungen	63
§ 7	Beschäftigung von nicht vollzeitschulpflichtigen Kindern	64
Dritter Abschnitt – Beschäftigung Jugendlicher		64
Erster Titel – Arbeitszeit und Freizeit		64
§ 8	Dauer der Arbeitszeit	64
§ 9	Berufsschule	64
§ 10	Prüfungen und außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen	65
§ 11	Ruhepausen, Aufenthaltsräume	65
§ 12	Schichtzeit	65
§ 13	Tägliche Freizeit	65
§ 14	Nachtruhe	65
§ 15	Fünf-Tage-Woche	66
§ 16	Samstagsruhe	66
§ 17	Sonntagsruhe	67
§ 18	Feiertagsruhe	67
§ 19	Urlaub	67
§ 20	Binnenschifffahrt	68
§ 21	Ausnahmen in besonderen Fällen	68
§ 21a	Abweichende Regelungen	69
§ 21b	Ermächtigung	69
Zweiter Titel – Beschäftigungsverbote und -beschränkungen		69
§ 22	Gefährliche Arbeiten	69
§ 23	Akkordarbeit, tempoabhängige Arbeiten	70
§ 24	Arbeiten unter Tage	70
§ 25	Verbot der Beschäftigung durch bestimmte Personen	71
§ 26	Ermächtigungen	71
§ 27	Behördliche Anordnungen und Ausnahmen	71
Dritter Titel – Sonstige Pflichten des Arbeitgebers		72
§ 28	Menschengerechte Gestaltung der Arbeit	72
§ 28a	Beurteilung der Arbeitsbedingungen	72
§ 29	Unterweisung über Gefahren	72
§ 30	Häusliche Gemeinschaft	73
§ 31	Züchtungsverbot; Verbot der Abgabe von Alkohol und Tabak	73

Vierter Titel – Gesundheitliche Betreuung.....	73
§ 32 Erstuntersuchung	73
§ 33 Erste Nachuntersuchung	73
§ 34 Weitere Nachuntersuchungen	74
§ 35 Außerordentliche Nachuntersuchung.....	74
§ 36 Ärztliche Untersuchungen und Wechsel des Arbeitgebers.....	74
§ 37 Inhalt und Durchführung der ärztlichen Untersuchungen	74
§ 38 Ergänzungsuntersuchung	74
§ 39 Mitteilung, Bescheinigung	74
§ 40 Bescheinigung mit Gefährdungsvermerk	75
§ 41 Aufbewahren der ärztlichen Bescheinigungen.....	75
§ 42 Eingreifen der Aufsichtsbehörde	75
§ 43 Freistellung für Untersuchungen	75
§ 44 Kosten der Untersuchungen.....	75
§ 45 Gegenseitige Unterrichtung der Ärzte	75
§ 46 Ermächtigungen	75
Vierter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes	76
Erster Titel – Aushänge und Verzeichnisse	76
§ 47 Bekanntgabe des Gesetzes und der Aufsichtsbehörde	76
§ 48 Aushang über Arbeitszeit und Pausen.....	76
§ 49 Verzeichnisse der Jugendlichen	76
§ 50 Auskunft; Vorlage der Verzeichnisse.....	76
Zweiter Titel – Aufsicht.....	77
§ 51 Aufsichtsbehörde; Besichtigungsrechte und Berichtspflicht	77
§ 52 (weggefallen)	77
§ 53 Mitteilung über Verstöße	77
§ 54 Ausnahmegewilligungen	77
Dritter Titel – Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz.....	77
§ 55 Bildung des Landesausschusses für Jugendarbeitsschutz.....	77
§ 56 Bildung des Ausschusses für Jugendarbeitsschutz bei der Aufsichtsbehörde.....	78
§ 57 Aufgaben der Ausschüsse	78
Fünfter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften	79
§ 58 Bußgeld- und Strafvorschriften	79
§ 59 Bußgeldvorschriften	81
§ 60 Verwaltungsvorschriften für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	81
Sechster Abschnitt – Schlussvorschriften	81
§ 61 Beschäftigung von Jugendlichen auf Kauffahrteischiffen.....	81
§ 62 Beschäftigung im Vollzug einer Freiheitsentziehung.....	82
§§ 63–70 (weggefallen)	82
§ 71 (aufgehoben)	82
§ 72 Inkrafttreten.....	82

Ladenschlussgesetz – LadSchlG

Erster Abschnitt – Begriffsbestimmungen.....	84
§ 1 Verkaufsstellen	84
§ 2 Begriffsbestimmungen.....	84
Zweiter Abschnitt – Ladenschlusszeiten	84
§ 3 Allgemeine Ladenschlusszeiten	84
§ 4 Apotheken.....	84
§ 5 Zeitungen und Zeitschriften.....	84
§ 6 Tankstellen	85

§ 7	(weggefallen)	85
§ 8	Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen	85
§ 9	Verkaufsstellen auf Flughäfen und in Fährhäfen	85
§ 10	Kur- und Erholungsorte	86
§ 11	Verkauf in ländlichen Gebieten an Sonntagen	86
§ 12	Verkauf bestimmter Waren an Sonntagen	86
§ 13	(weggefallen)	86
§ 14	Weitere Verkaufssonntage	86
§ 15	Sonntagsverkauf am 24. Dezember	87
§ 16	(weggefallen)	87
Dritter Abschnitt – Besonderer Schutz der Arbeitnehmer		87
§ 17	Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen	87
Vierter Abschnitt – Bestimmungen für einzelne Gewerbebezüge und für den Marktverkehr		88
§§ 18 und 18a	(weggefallen)	88
§ 19	Marktverkehr	88
§ 20	Sonstiges gewerbliches Feilhalten	88
Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes		89
§ 21	Auslage des Gesetzes, Verzeichnisse	89
§ 22	Aufsicht und Auskunft	89
§ 23	Ausnahmen im öffentlichen Interesse	89
Sechster Abschnitt – Straftaten und Ordnungswidrigkeiten		90
§ 24	Ordnungswidrigkeiten	90
§ 25	Straftaten	90
§ 26	(weggefallen)	90
Siebenter Abschnitt – Schlussbestimmungen		91
§ 27	Vorbehalt für die Landesgesetzgebung	91
§ 28	Bestimmung der zuständigen Behörden	91
§§ 29 und 30	(weggefallen)	91
§ 31	(Inkrafttreten, Außerkrafttreten)	91

Mutterschutzgesetz – MuSchG

Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften		94
§ 1	Anwendungsbereich, Ziel des Mutterschutzes	94
§ 2	Begriffsbestimmungen	94
Abschnitt 2 – Gesundheitsschutz		95
Unterabschnitt 1 – Arbeitszeitlicher Gesundheitsschutz		95
§ 3	Schutzfristen vor und nach der Entbindung	95
§ 4	Verbot der Mehrarbeit; Ruhezeit	96
§ 5	Verbot der Nachtarbeit	96
§ 6	Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit	97
§ 7	Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen	97
§ 8	Beschränkung von Heimarbeit	97
Unterabschnitt 2 – Betrieblicher Gesundheitsschutz		98
§ 9	Gestaltung der Arbeitsbedingungen; unverantwortbare Gefährdung	98
§ 10	Beurteilung der Arbeitsbedingungen; Schutzmaßnahmen	99
§ 11	Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für schwangere Frauen	99
§ 12	Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für stillende Frauen	101
§ 13	Rangfolge der Schutzmaßnahmen: Umgestaltung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzwechsel und betriebliches Beschäftigungsverbot	102
§ 14	Dokumentation und Information durch den Arbeitgeber	103
§ 15	Mitteilungen und Nachweise der schwangeren und stillenden Frauen	103

Unterabschnitt 3 – Ärztlicher Gesundheitsschutz	103
§ 16 Ärztliches Beschäftigungsverbot.....	103
Abschnitt 3 – Kündigungsschutz	103
§ 17 Kündigungsverbot.....	103
Abschnitt 4 – Leistungen	104
§ 18 Mutterschutzlohn	104
§ 19 Mutterschaftsgeld	104
§ 20 Zuschuss zum Mutterschaftsgeld	105
§ 21 Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts.....	105
§ 22 Leistungen während der Elternzeit	106
§ 23 Entgelt bei Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen	106
§ 24 Fortbestehen des Erholungsurlaubs bei Beschäftigungsverboten.....	106
§ 25 Beschäftigung nach dem Ende des Beschäftigungsverbots.....	106
Abschnitt 5 – Durchführung des Gesetzes.....	106
§ 26 Aushang des Gesetzes	106
§ 27 Mitteilungs- und Aufbewahrungspflichten des Arbeitgebers, Offenbarungsverbot der mit der Überwachung beauftragten Personen	106
§ 28 Behördliches Genehmigungsverfahren für eine Beschäftigung zwischen 20 Uhr und 22 Uhr	107
§ 29 Zuständigkeit und Befugnisse der Aufsichtsbehörden, Jahresbericht.....	108
§ 30 Ausschuss für Mutterschutz	109
§ 31 Erlass von Rechtsverordnungen	110
Abschnitt 6 – Bußgeldvorschriften, Strafvorschriften	110
§ 32 Bußgeldvorschriften.....	110
§ 33 Strafvorschriften.....	111
Abschnitt 7 – Schlussvorschriften	111
§ 34 Evaluationsbericht	111

Arbeitsschutzgesetz – ArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften.....	114
§ 1 Zielsetzung und Anwendungsbereich.....	114
§ 2 Begriffsbestimmungen	114
Zweiter Abschnitt – Pflichten des Arbeitgebers	114
§ 3 Grundpflichten des Arbeitgebers	114
§ 4 Allgemeine Grundsätze.....	115
§ 5 Beurteilung der Arbeitsbedingungen	115
§ 6 Dokumentation.....	115
§ 7 Übertragung von Aufgaben.....	116
§ 8 Zusammenarbeit mehrerer Arbeitgeber	116
§ 9 Besondere Gefahren.....	116
§ 10 Erste Hilfe und sonstige Notfallmaßnahmen	116
§ 11 Arbeitsmedizinische Vorsorge	117
§ 12 Unterweisung.....	117
§ 13 Verantwortliche Personen	117
§ 14 Unterrichtung und Anhörung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes	118
Dritter Abschnitt – Pflichten und Rechte der Beschäftigten	118
§ 15 Pflichten der Beschäftigten	118
§ 16 Besondere Unterstützungspflichten	118
§ 17 Rechte der Beschäftigten	118
Vierter Abschnitt – Verordnungsermächtigungen.....	119
§ 18 Verordnungsermächtigungen.....	119
§ 19 Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften und zwischenstaatliche Vereinbarungen	119

§ 20	Regelungen für den öffentlichen Dienst.....	120
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie		120
§ 20a	Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie	120
§ 20b	Nationale Arbeitsschutzkonferenz	121
Sechster Abschnitt – Schlußvorschriften		121
§ 21	Zuständige Behörden, Zusammenwirken mit den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung.....	121
§ 22	Befugnisse der zuständigen Behörden	123
§ 23	Betriebliche Daten, Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Jahresbericht, Bundesfachstelle.....	124
§ 24	Ermächtigung zum Erlaß von allgemeinen Verwaltungsvorschriften	125
§ 24a	Ausschuss für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit.....	125
§ 25	Bußgeldvorschriften.....	126
§ 26	Strafvorschriften.....	126

Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV

§ 1	Ziel, Anwendungsbereich	130
§ 2	Begriffsbestimmungen	130
§ 3	Gefährdungsbeurteilung.....	132
§ 3a	Einrichten und Betreiben von Arbeitsstätten	132
§ 4	Besondere Anforderungen an das Betreiben von Arbeitsstätten	133
§ 5	Nichtraucherschutz.....	133
§ 6	Unterweisung der Beschäftigten.....	134
§ 7	Ausschuss für Arbeitsstätten	134
§ 8	Übergangsvorschriften.....	135
§ 9	Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	135
Anhang	136

Betriebssicherheitsverordnung (Auszug) – BetrSichV

Abschnitt 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen		152
§ 1	Anwendungsbereich und Zielsetzung	152
§ 2	Begriffsbestimmungen	152
Abschnitt 2 – Gefährdungsbeurteilung und Schutzmaßnahmen		153
§ 3	Gefährdungsbeurteilung.....	153
§ 4	Grundpflichten des Arbeitgebers	155
§ 5	Anforderungen an die zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel	156
§ 6	Grundlegende Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....	157
§ 7	Vereinfachte Vorgehensweise bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....	157
§ 8	Schutzmaßnahmen bei Gefährdungen durch Energien, Ingangsetzen und Stillsetzen	158
§ 9	Weitere Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln	159
§ 10	Instandhaltung und Änderung von Arbeitsmitteln	160
§ 11	Besondere Betriebszustände, Betriebsstörungen und Unfälle.....	161
§ 12	Unterweisung und besondere Beauftragung von Beschäftigten	162
§ 13	Zusammenarbeit verschiedener Arbeitgeber	163
§ 14	Prüfung von Arbeitsmitteln	163
Abschnitt 3 – Zusätzliche Vorschriften für überwachungsbedürftige Anlagen.....		164
§ 15	Prüfung vor Inbetriebnahme und vor Wiederinbetriebnahme nach prüfpflichtigen Änderungen	164
§ 16	Wiederkehrende Prüfung.....	165
§ 17	Prüfaufzeichnungen und -bescheinigungen.....	165
§ 18	Erlaubnispflicht	166
Abschnitt 4 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Betriebssicherheit.....		168
§ 19	Mitteilungspflichten, behördliche Ausnahmen	168
§ 20	Sonderbestimmungen für überwachungsbedürftige Anlagen des Bundes	169
§ 21	Ausschuss für Betriebssicherheit	169

Abschnitt 5 – Ordnungswidrigkeiten und Straftaten, Schlussvorschriften	170
§ 22 Ordnungswidrigkeiten	170
§ 23 Straftaten	172
§ 24 Übergangsvorschriften	172

Bundesdatenschutzgesetz – BDSG

Teil 1 – Gemeinsame Bestimmungen	176
Kapitel 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	176
§ 1 Anwendungsbereich des Gesetzes	176
§ 2 Begriffsbestimmungen	177
Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	177
§ 3 Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen	177
§ 4 Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume	177
Kapitel 3 – Datenschutzbeauftragte öffentlicher Stellen	178
§ 5 Benennung	178
§ 6 Stellung	178
§ 7 Aufgaben	179
Kapitel 4 – Die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	180
§ 8 Errichtung	180
§ 9 Zuständigkeit	180
§ 10 Unabhängigkeit	180
§ 11 Ernennung und Amtszeit	180
§ 12 Amtsverhältnis	181
§ 13 Rechte und Pflichten	182
§ 14 Aufgaben	183
§ 15 Tätigkeitsbericht	184
§ 16 Befugnisse	184
Kapitel 5 – Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle, Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union	185
§ 17 Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle	185
§ 18 Verfahren der Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder	186
§ 19 Zuständigkeiten	186
Kapitel 6 – Rechtsbehelfe	187
§ 20 Gerichtlicher Rechtsschutz	187
§ 21 Antrag der Aufsichtsbehörde auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Rechtswidrigkeit eines Beschlusses der Europäischen Kommission	187
Teil 2 – Durchführungsbestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 2 der Verordnung (EU) 2016/679	188
Kapitel 1 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	188
Abschnitt 1 – Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten und Verarbeitung zu anderen Zwecken	188
§ 22 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	188
§ 23 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch öffentliche Stellen	189
§ 24 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch nichtöffentliche Stellen	190
§ 25 Datenübermittlungen durch öffentliche Stellen	190
Abschnitt 2 – Besondere Verarbeitungssituationen	191
§ 26 Datenverarbeitung für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses	191
§ 27 Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken	192
§ 28 Datenverarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken	193

§ 29	Rechte der betroffenen Person und aufsichtsbehördliche Befugnisse im Fall von Geheimhaltungspflichten	193
§ 30	Verbraucherkredite	194
§ 31	Schutz des Wirtschaftsverkehrs bei Scoring und Bonitätsauskünften	194
Kapitel 2	– Rechte der betroffenen Person	195
§ 32	Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person	195
§ 33	Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	196
§ 34	Auskunftsrecht der betroffenen Person	197
§ 35	Recht auf Löschung	197
§ 36	Widerspruchsrecht	198
§ 37	Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling	198
Kapitel 3	– Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter	198
§ 38	Datenschutzbeauftragte nichtöffentlicher Stellen	198
§ 39	Akkreditierung	199
Kapitel 4	– Aufsichtsbehörde für die Datenverarbeitung durch nichtöffentliche Stellen	199
§ 40	Aufsichtsbehörden der Länder	199
Kapitel 5	– Sanktionen	200
§ 41	Anwendung der Vorschriften über das Bußgeld- und Strafverfahren	200
§ 42	Strafvorschriften	200
§ 43	Bußgeldvorschriften	201
Kapitel 6	– Rechtsbehelfe	201
§ 44	Klagen gegen den Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter	201
Teil 3	– Bestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 1 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2016/680	201
Kapitel 1	– Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen und allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	201
§ 45	Anwendungsbereich	201
§ 46	Begriffsbestimmungen	202
§ 47	Allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	204
Kapitel 2	– Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	204
§ 48	Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	204
§ 49	Verarbeitung zu anderen Zwecken	204
§ 50	Verarbeitung zu archivischen, wissenschaftlichen und statistischen Zwecken	205
§ 51	Einwilligung	205
§ 52	Verarbeitung auf Weisung des Verantwortlichen	205
§ 53	Datengeheimnis	205
§ 54	Automatisierte Einzelentscheidung	205
Kapitel 3	– Rechte der betroffenen Person	206
§ 55	Allgemeine Informationen zu Datenverarbeitungen	206
§ 56	Benachrichtigung betroffener Personen	206
§ 57	Auskunftsrecht	206
§ 58	Rechte auf Berichtigung und Löschung sowie Einschränkung der Verarbeitung	208
§ 59	Verfahren für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person	209
§ 60	Anrufung der oder des Bundesbeauftragten	209
§ 61	Rechtsschutz gegen Entscheidungen der oder des Bundesbeauftragten oder bei deren oder dessen Untätigkeit	209
Kapitel 4	– Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter	210
§ 62	Auftragsverarbeitung	210
§ 63	Gemeinsam Verantwortliche	211

§ 64	Anforderungen an die Sicherheit der Datenverarbeitung	211
§ 65	Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die oder den Bundesbeauftragten	212
§ 66	Benachrichtigung betroffener Personen bei Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten	213
§ 67	Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung	214
§ 68	Zusammenarbeit mit der oder dem Bundesbeauftragten	214
§ 69	Anhörung der oder des Bundesbeauftragten	214
§ 70	Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	215
§ 71	Datenschutz durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen	216
§ 72	Unterscheidung zwischen verschiedenen Kategorien betroffener Personen	216
§ 73	Unterscheidung zwischen Tatsachen und persönlichen Einschätzungen	217
§ 74	Verfahren bei Übermittlungen	217
§ 75	Berichtigung und Löschung personenbezogener Daten sowie Einschränkung der Verarbeitung	217
§ 76	Protokollierung	217
§ 77	Vertrauliche Meldung von Verstößen	218
Kapitel 5	– Datenübermittlungen an Drittstaaten und an internationale Organisationen	218
§ 78	Allgemeine Voraussetzungen	218
§ 79	Datenübermittlung bei geeigneten Garantien	219
§ 80	Datenübermittlung ohne geeignete Garantien	219
§ 81	Sonstige Datenübermittlung an Empfänger in Drittstaaten	220
Kapitel 6	– Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden	220
§ 82	Gegenseitige Amtshilfe	220
Kapitel 7	– Haftung und Sanktionen	221
§ 83	Schadensersatz und Entschädigung	221
§ 84	Strafvorschriften	221
Teil 4	– Besondere Bestimmungen für Verarbeitungen im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten	221
§ 85	Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten	221
§ 86	Verarbeitung personenbezogener Daten für Zwecke staatlicher Auszeichnungen und Ehrungen	222

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG

Abschnitt 1	– Elterngeld	224
§ 1	Berechtigte	224
§ 2	Höhe des Elterngeldes	225
§ 2a	Geschwisterbonus und Mehrlingszuschlag	226
§ 2b	Bemessungszeitraum	227
§ 2c	Einkommen aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit	228
§ 2d	Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit	228
§ 2e	Abzüge für Steuern	229
§ 2f	Abzüge für Sozialabgaben	230
§ 3	Anrechnung von anderen Einnahmen	230
§ 4	Bezugsdauer, Anspruchsumfang	231
§ 4a	Berechnung von Basiselterngeld und Elterngeld Plus	233
§ 4b	Partnerschaftsbonus	233
§ 4c	Alleiniger Bezug durch einen Elternteil	233
§ 4d	Weitere Berechtigte	234
Abschnitt 2	– Verfahren und Organisation	234
§ 5	Zusammentreffen von Ansprüchen	234
§ 6	Auszahlung	234
§ 7	Antragstellung	234
§ 8	Auskunftspflicht, Nebenbestimmungen	235

§ 9	Einkommens- und Arbeitszeitchweis, Auskunftspflicht des Arbeitgebers	235
§ 10	Verhältnis zu anderen Sozialleistungen	236
§ 11	Unterhaltungspflichten	236
§ 12	Zuständigkeit; Bewirtschaftung der Mittel	237
§ 13	Rechtsweg	237
§ 14	Bußgeldvorschriften.....	237
Abschnitt 3 – Elternzeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		237
§ 15	Anspruch auf Elternzeit	237
§ 16	Inanspruchnahme der Elternzeit.....	239
§ 17	Urlaub.....	240
§ 18	Kündigungsschutz.....	240
§ 19	Kündigung zum Ende der Elternzeit	241
§ 20	Zur Berufsbildung Beschäftigte, in Heimarbeit Beschäftigte.....	241
§ 21	Befristete Arbeitsverträge.....	241
Abschnitt 4 – Statistik und Schlussvorschriften		242
§ 22	Bundesstatistik	242
§ 23	Auskunftspflicht; Datenübermittlung an das Statistische Bundesamt	243
§ 24	Übermittlung von Tabellen mit statistischen Ergebnissen durch das Statistische Bundesamt.....	243
§ 24a	Übermittlung von Einzelangaben durch das Statistische Bundesamt	243
§ 24b	Elektronische Unterstützung bei der Antragstellung.....	244
§ 25	Datenübermittlung durch Landesämter	244
§ 26	Anwendung der Bücher des Sozialgesetzbuches	244
§ 27	Sonderregelung aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	244
§ 28	Übergangsvorschrift.....	245

Bundesurlaubsgesetz – BurlG

§ 1	Urlaubsanspruch	248
§ 2	Geltungsbereich	248
§ 3	Dauer des Urlaubs	248
§ 4	Wartezeit.....	248
§ 5	Teilurlaub	248
§ 6	Ausschluß von Doppelansprüchen	248
§ 7	Zeitpunkt, Übertragbarkeit und Abgeltung des Urlaubs.....	248
§ 8	Erwerbstätigkeit während des Urlaubs.....	249
§ 9	Erkrankung während des Urlaubs.....	249
§ 10	Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation	249
§ 11	Urlaubsentgelt	249
§ 12	Urlaub im Bereich der Heimarbeit	249
§ 13	Unabdingbarkeit.....	250
§ 14	Berlin-Klausel	250
§ 15	Änderung und Aufhebung von Gesetzen	251
§ 15a	Übergangsvorschrift.....	251
§ 16	Inkrafttreten	251

Entgeltfortzahlungsgesetz – EntgFG

§ 1	Anwendungsbereich	254
§ 2	Entgeltzahlung an Feiertagen	254
§ 3	Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	254
§ 3a	Anspruch auf Entgeltfortzahlung bei Spende von Organen, Geweben oder Blut zur Separation von Blutstammzellen oder anderen Blutbestandteilen.....	254
§ 4	Höhe des fortzuzahlenden Arbeitsentgelts	255
§ 4a	Kürzung von Sondervergütungen	255
§ 5	Anzeige- und Nachweispflichten	256

§ 6	Forderungsübergang bei Dritthaftung	256
§ 7	Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitgebers	257
§ 8	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	257
§ 9	Maßnahmen der medizinischen Vorsorge und Rehabilitation	257
§ 10	Wirtschaftliche Sicherung für den Krankheitsfall im Bereich der Heimarbeit	257
§ 11	Feiertagsbezahlung der in Heimarbeit Beschäftigten	258
§ 12	Unabdingbarkeit	259
§ 13	Übergangsvorschrift	259

Familienpflegezeitgesetz – FpZG

§ 1	Ziel des Gesetzes	262
§ 2	Familienpflegezeit	262
§ 2a	Inanspruchnahme der Familienpflegezeit	262
§ 2b	Erneute Familienpflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie	263
§ 3	Förderung der pflegebedingten Freistellung von der Arbeitsleistung	264
§ 4	Mitwirkungspflicht des Arbeitgebers	264
§ 5	Ende der Förderfähigkeit	265
§ 6	Rückzahlung des Darlehens	265
§ 7	Härtefallregelung	265
§ 8	Antrag auf Förderung	266
§ 9	Darlehensbescheid und Zahlweise	266
§ 10	Antrag und Nachweis in weiteren Fällen	267
§ 11	Allgemeine Verwaltungsvorschriften	267
§ 12	Bußgeldvorschriften	267
§ 13	Aufbringung der Mittel	268
§ 14	Beirat	268
§ 15	Übergangsvorschrift	268
§ 16	(aufgehoben)	268

Gefahrstoffverordnung (Auszug) – GefStoffV

Abschnitt 1 – Zielsetzung, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	270
§ 1 Zielsetzung und Anwendungsbereich	270
§ 2 Begriffsbestimmungen	270
Abschnitt 2 – Gefahrstoffinformation	273
§ 3 Gefahrenklassen	273
§ 4 Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung	274
§ 5 Sicherheitsdatenblatt und sonstige Informationspflichten	275
Abschnitt 3 – Gefährdungsbeurteilung und Grundpflichten	275
§ 6 Informationsermittlung und Gefährdungsbeurteilung	275
§ 7 Grundpflichten	279
Abschnitt 4 – Schutzmaßnahmen	280
§ 8 Allgemeine Schutzmaßnahmen	280
§ 9 Zusätzliche Schutzmaßnahmen	282
§ 10 Besondere Schutzmaßnahmen bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden, keimzellmutagenen und reproduktionstoxischen Gefahrstoffen der Kategorie 1A und 1B	283
§ 11 Besondere Schutzmaßnahmen gegen physikalisch-chemische Einwirkungen, insbesondere gegen Brand- und Explosionsgefährdungen	284
§ 12 (weggefallen)	284
§ 13 Betriebsstörungen, Unfälle und Notfälle	284
§ 14 Unterrichtung und Unterweisung der Beschäftigten	285
§ 15 Zusammenarbeit verschiedener Firmen	287

Abschnitt 4a – Anforderungen an die Verwendung von Biozid-Produkten einschließlich der Begasung sowie an Begasungen mit Pflanzenschutzmitteln	287
§ 15a Verwendungsbeschränkungen.....	287
§ 15b Allgemeine Anforderungen an die Verwendung von Biozid-Produkten	288
§ 15c Besondere Anforderungen an die Verwendung bestimmter Biozid-Produkte	288
§ 15d Besondere Anforderungen bei Begasungen	289
§ 15e Ergänzende Dokumentationspflichten	290
§ 15f Anforderungen an den Umgang mit Transporteinheiten.....	290
§ 15g Besondere Anforderungen an Begasungen auf Schiffen.....	291
§ 15h Ausnahmen von Abschnitt 4a	291
Abschnitt 5 – Verbote und Beschränkungen	292
§ 16 Herstellungs- und Verwendungsbeschränkungen	292
§ 17 Nationale Ausnahmen von Beschränkungsregelungen nach der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006	292
Abschnitt 6 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Gefahrstoffe	292
§ 18 Unterrichtung der Behörde	292
§ 19 Behördliche Ausnahmen, Anordnungen und Befugnisse.....	293
§ 19a Anerkennung ausländischer Qualifikationen	294
§ 20 Ausschuss für Gefahrstoffe.....	294
Abschnitt 7 – Ordnungswidrigkeiten, Straftaten und Übergangsvorschriften	295
§ 21 Chemikaliengesetz – Anzeigen	295
§ 22 Chemikaliengesetz – Tätigkeiten	295
§ 23 (weggefallen)	297
§ 24 Chemikaliengesetz – Herstellungs- und Verwendungsbeschränkungen	297
§ 25 Übergangsvorschrift	398

Geschäftsgeheimnischutzgesetz – GeschGehG

Abschnitt 1 – Allgemeines	300
§ 1 Anwendungsbereich	300
§ 2 Begriffsbestimmungen	300
§ 3 Erlaubte Handlungen	300
§ 4 Handlungsverbote	301
§ 5 Ausnahmen	301
Abschnitt 2 – Ansprüche bei Rechtsverletzungen	301
§ 6 Beseitigung und Unterlassung	301
§ 7 Vernichtung; Herausgabe; Rückruf; Entfernung und Rücknahme vom Markt	302
§ 8 Auskunft über rechtsverletzende Produkte; Schadensersatz bei Verletzung der Auskunftspflicht	302
§ 9 Anspruchsausschluss bei Unverhältnismäßigkeit	302
§ 10 Haftung des Rechtsverletzers	302
§ 11 Abfindung in Geld	303
§ 12 Haftung des Inhabers eines Unternehmens	303
§ 13 Herausgabeanspruch nach Eintritt der Verjährung	303
§ 14 Missbrauchsverbot	303
Abschnitt 3 – Verfahren in Geschäftsgeheimnisstreitsachen	303
§ 15 Sachliche und örtliche Zuständigkeit; Verordnungsermächtigung.....	303
§ 16 Geheimhaltung.....	304
§ 17 Ordnungsmittel.....	304
§ 18 Geheimhaltung nach Abschluss des Verfahrens	304
§ 19 Weitere gerichtliche Beschränkungen.....	304
§ 20 Verfahren bei Maßnahmen nach den §§ 16 bis 19.....	305
§ 21 Bekanntmachung des Urteils	305
§ 22 Streitwertbegünstigung.....	306

Abschnitt 4 – Strafvorschriften	306
§ 23 Verletzung von Geschäftsgeheimnissen	306

Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchG

Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften	310
§ 1 Zielsetzung und persönlicher Anwendungsbereich	310
§ 2 Sachlicher Anwendungsbereich	310
§ 3 Begriffsbestimmungen	312
§ 4 Verhältnis zu sonstigen Bestimmungen	313
§ 5 Vorrang von Sicherheitsinteressen sowie Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten	314
§ 6 Verhältnis zu sonstigen Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten	315
Abschnitt 2 – Meldungen	316
Unterabschnitt 1 – Grundsätze	316
§ 7 Wahlrecht zwischen interner und externer Meldung	316
§ 8 Vertraulichkeitsgebot	316
§ 9 Ausnahmen vom Vertraulichkeitsgebot	317
§ 10 Verarbeitung personenbezogener Daten	318
§ 11 Dokumentation der Meldungen	318
Unterabschnitt 2 – Interne Meldungen	319
§ 12 Pflicht zur Einrichtung interner Meldestellen	319
§ 13 Aufgaben der internen Meldestellen	319
§ 14 Organisationsformen interner Meldestellen	320
§ 15 Unabhängige Tätigkeit; notwendige Fachkunde	320
§ 16 Meldekanäle für interne Meldestellen	320
§ 17 Verfahren bei internen Meldungen	321
§ 18 Folgemaßnahmen der internen Meldestelle	321
Unterabschnitt 3 – Externe Meldestellen	321
§ 19 Errichtung und Zuständigkeit einer externen Meldestelle des Bundes	321
§ 20 Errichtung und Zuständigkeit externer Meldestellen der Länder	322
§ 21 Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht als externe Meldestelle	322
§ 22 Bundeskartellamt als externe Meldestelle	322
§ 23 Weitere externe Meldestellen	322
§ 24 Aufgaben der externen Meldestellen	322
§ 25 Unabhängige Tätigkeit; Schulung	323
§ 26 Berichtspflichten der externen Meldestellen	323
Unterabschnitt 4 – Externe Meldungen	323
§ 27 Meldekanäle für externe Meldestellen	323
§ 28 Verfahren bei externen Meldungen	324
§ 29 Folgemaßnahmen der externen Meldestellen	324
§ 30 Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Stellen	325
§ 31 Abschluss des Verfahrens	325
Abschnitt 3 – Offenlegung	326
§ 32 Offenlegen von Informationen	326
Abschnitt 4 – Schutzmaßnahmen	326
§ 33 Voraussetzungen für den Schutz hinweisgebender Personen	326
§ 34 Weitere geschützte Personen	326
§ 35 Ausschluss der Verantwortlichkeit	327
§ 36 Verbot von Repressalien; Beweislastumkehr	327
§ 37 Schadensersatz nach Repressalien	327
§ 38 Schadensersatz nach einer Falschmeldung	327
§ 39 Verbot abweichender Vereinbarungen	328

Abschnitt 5 – Sanktionen	328
§ 40 Bußgeldvorschriften.....	328
Abschnitt 6 – Schlussvorschriften	328
§ 41 Verordnungsermächtigung.....	328
§ 42 Übergangsregelung.....	328

Kinderarbeitsschutzverordnung – KindArbSchV

§ 1 Beschäftigungsverbot	330
§ 2 Zulässige Beschäftigungen	330
§ 3 Behördliche Befugnisse.....	330
§ 4 Inkrafttreten	330

Kündigungsschutzgesetz – KSchG

Erster Abschnitt – Allgemeiner Kündigungsschutz	332
§ 1 Sozial ungerechtfertigte Kündigungen	333
§ 1a Abfindungsanspruch bei betriebsbedingter Kündigung.....	333
§ 2 Änderungskündigung.....	333
§ 3 Kündigungseinspruch.....	333
§ 4 Anrufung des Arbeitsgerichts	333
§ 5 Zulassung verspäteter Klagen	334
§ 6 Verlängerte Anrufungsfrist	334
§ 7 Wirksamwerden der Kündigung.....	334
§ 8 Wiederherstellung der früheren Arbeitsbedingungen	334
§ 9 Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Urteil des Gerichts, Abfindung des Arbeitnehmers	334
§ 10 Höhe der Abfindung.....	335
§ 11 Anrechnung auf entgangenen Zwischenverdienst	335
§ 12 Neues Arbeitsverhältnis des Arbeitnehmers, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	335
§ 13 Außerordentliche, sittenwidrige und sonstige Kündigungen	335
§ 14 Angestellte in leitender Stellung	336
Zweiter Abschnitt – Kündigungsschutz im Rahmen der Betriebsverfassung und Personalvertretung	336
§ 15 Unzulässigkeit der Kündigung.....	336
§ 16 Neues Arbeitsverhältnis, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	337
Dritter Abschnitt – Anzeigepflichtige Entlassungen.....	338
§ 17 Anzeigepflicht	338
§ 18 Entlassungssperre	339
§ 19 Zulässigkeit von Kurzarbeit	339
§ 20 Entscheidungen der Agentur für Arbeit	339
§ 21 Entscheidungen der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit	340
§ 22 Ausnahmebetriebe.....	340
Vierter Abschnitt – Schlußbestimmungen.....	340
§ 23 Geltungsbereich	340
§ 24 Anwendung des Gesetzes auf Betriebe der Schifffahrt und des Luftverkehrs	340
§ 25 Kündigung in Arbeitskämpfen.....	341
§ 25a Berlin-Klausel	341
§ 26 Inkrafttreten	341

Mindestlohngesetz – MiLoG

Abschnitt 1 – Festsetzung des allgemeinen Mindestlohns	344
Unterabschnitt 1 – Inhalt des Mindestlohns.....	344
§ 1 Mindestlohn.....	344

§ 2	Fälligkeit des Mindestlohns.....	344
§ 3	Unabdingbarkeit des Mindestlohns.....	344
Unterabschnitt 2 – Mindestlohnkommission.....		344
§ 4	Aufgabe und Zusammensetzung.....	344
§ 5	Stimmberechtigte Mitglieder.....	345
§ 6	Vorsitz	345
§ 7	Beratende Mitglieder	345
§ 8	Rechtsstellung der Mitglieder	345
§ 9	Beschluss der Mindestlohnkommission.....	346
§ 10	Verfahren der Mindestlohnkommission	346
§ 11	Rechtsverordnung.....	347
§ 12	Geschäfts- und Informationsstelle für den Mindestlohn; Kostenträgerschaft	347
Abschnitt 2 – Zivilrechtliche Durchsetzung.....		347
§ 13	Haftung des Auftraggebers	347
Abschnitt 3 – Kontrolle und Durchsetzung durch staatliche Behörden.....		347
§ 14	Zuständigkeit.....	347
§ 15	Befugnisse der Behörden der Zollverwaltung und anderer Behörden; Mitwirkungspflichten des Arbeitgebers	347
§ 16	Meldepflicht.....	347
§ 17	Erstellen und Bereithalten von Dokumenten.....	349
§ 18	Zusammenarbeit der in- und ausländischen Behörden.....	351
§ 19	Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge.....	352
§ 20	Pflichten des Arbeitgebers zur Zahlung des Mindestlohns.....	352
§ 21	Bußgeldvorschriften.....	352
Abschnitt 4 – Schlussvorschriften		353
§ 22	Persönlicher Anwendungsbereich.....	353
§ 23	Evaluation	354
§ 24	Übergangsregelung.....	354

Nachweisgesetz – NachwG

§ 1	Anwendungsbereich	356
§ 2	Nachweispflicht.....	356
§ 3	Änderung der Angaben	358
§ 4	Bußgeldvorschriften.....	358
§ 5	Übergangsvorschrift.....	358
§ 6	Unabdingbarkeit.....	358

Pflegezeitgesetz – PflegeZG

§ 1	Ziel des Gesetzes	360
§ 2	Kurzzeitige Arbeitsverhinderung.....	360
§ 3	Pflegezeit und sonstige Freistellungen.....	360
§ 4	Dauer der Inanspruchnahme	361
§ 4a	Erneute Pflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonder- regelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	362
§ 5	Kündigungsschutz.....	362
§ 6	Befristete Verträge	362
§ 7	Begriffsbestimmungen	363
§ 8	Unabdingbarkeit.....	363
§ 9	(aufgehoben)	363

Siebttes Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung (Auszug) – SGB VII

Erstes Kapitel – Aufgaben, versicherter Personenkreis, Versicherungsfall	366
Erster Abschnitt – Aufgaben der Unfallversicherung	366
§ 1 Prävention, Rehabilitation, Entschädigung	366
Zweiter Abschnitt – Versicherter Personenkreis	366
§ 2 Versicherung kraft Gesetzes	366
§ 3 Versicherung kraft Satzung	369
§ 4 Versicherungsfreiheit	370
§ 6 Freiwillige Versicherung	371
Dritter Abschnitt – Versicherungsfall	371
§ 7 Begriff	371
§ 8 Arbeitsunfall	371
§ 9 Berufskrankheit	372
§ 11 Mittelbare Folgen eines Versicherungsfalls	375
§ 12 Versicherungsfall einer Leibesfrucht	375
§ 12a Gesundheitsschaden im Zusammenhang mit der Spende von Blut oder körpereigenen Organen, Organteilen oder Gewebe	375
§ 13 Sachschäden bei Hilfeleistungen	375
Zweites Kapitel – Prävention	376
§ 14 Grundsatz	376
§ 15 Unfallverhütungsvorschriften	376
§ 16 Geltung bei Zuständigkeit anderer Unfallversicherungsträger und für ausländische Unternehmen	378
§ 17 Überwachung und Beratung	378
§ 18 Aufsichtspersonen	378
§ 19 Befugnisse der Aufsichtspersonen	378
§ 20 Zusammenarbeit mit Dritten	379
§ 21 Verantwortung des Unternehmers, Mitwirkung der Versicherten	381
§ 22 Sicherheitsbeauftragte	381
§ 23 Aus- und Fortbildung	381
§ 24 Überbetrieblicher arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Dienst	382
Drittes Kapitel – Leistungen nach Eintritt eines Versicherungsfalls	382
Erster Abschnitt – Heilbehandlung, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen, Pflege, Geldleistungen	382
Erster Unterabschnitt – Anspruch und Leistungsarten	382
§ 26 Grundsatz	382
Zweiter Unterabschnitt – Heilbehandlung	383
§ 27 Umfang der Heilbehandlung	383
§ 28 Ärztliche und zahnärztliche Behandlung	383
§ 29 Arznei- und Verbandmittel	384
§ 30 Heilmittel	384
§ 31 Hilfsmittel	384
§ 32 Häusliche Krankenpflege	384
§ 33 Behandlung in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen	385
§ 34 Durchführung der Heilbehandlung	385
Dritter Unterabschnitt – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	386
§ 35 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	386
Vierter Unterabschnitt – Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen	386
§ 39 Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen	386
§ 40 Kraftfahrzeughilfe	386

§ 41	Wohnungshilfe.....	387
§ 42	Haushaltshilfe und Kinderbetreuungskosten	387
§ 43	Reisekosten	387
Fünfter Unterabschnitt – Leistungen bei Pflegebedürftigkeit		387
§ 44	Pflege	387
Sechster Unterabschnitt – Geldleistungen während der Heilbehandlung und der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben		388
§ 45	Voraussetzungen für das Verletztengeld.....	388
§ 46	Beginn und Ende des Verletztengeldes.....	389
§ 47	Höhe des Verletztengeldes.....	389
§ 47a	Beitragszahlung der Unfallversicherungsträger an berufsständische Versorgungseinrichtungen und private Krankenversicherungen	390
§ 48	Verletztengeld bei Wiedererkrankung	391
§ 49	Übergangsgeld	391
§ 50	Höhe und Berechnung des Übergangsgeldes.....	391
§ 52	Anrechnung von Einkommen auf Verletzten- und Übergangsgeld	391
Zweiter Abschnitt – Renten, Beihilfen, Abfindungen		391
Erster Unterabschnitt – Renten an Versicherte		391
§ 56	Voraussetzungen und Höhe des Rentenanspruchs	391
§ 57	Erhöhung der Rente bei Schwerverletzten	392
§ 58	Erhöhung der Rente bei Arbeitslosigkeit	392
§ 59	Höchstbetrag bei mehreren Renten	392
§ 60	Minderung bei Heimpflege	393
§ 62	Rente als vorläufige Entschädigung	393
Dritter Unterabschnitt – Beginn, Änderung und Ende von Renten.....		393
§ 72	Beginn von Renten.....	393
§ 73	Änderungen und Ende von Renten.....	393
§ 74	Ausnahmeregelungen für die Änderung von Renten	394
Vierter Unterabschnitt – Abfindung		394
§ 75	Abfindung mit einer Gesamtvergütung.....	394
§ 76	Abfindung bei Minderung der Erwerbsfähigkeit unter 40 vom Hundert	394
§ 77	Wiederaufleben der abgefundenen Rente.....	394
§ 78	Abfindung bei Minderung der Erwerbsfähigkeit ab 40 vom Hundert.....	394
§ 79	Umfang der Abfindung.....	395
§ 80	Abfindung bei Wiederheirat.....	395
Dritter Abschnitt – Jahresarbeitsverdienst.....		395
Erster Unterabschnitt – Allgemeines		395
§ 81	Jahresarbeitsverdienst als Berechnungsgrundlage	395
Zweiter Unterabschnitt – Erstmalige Festsetzung		396
§ 82	Regelberechnung	396
§ 83	Jahresarbeitsverdienst kraft Satzung.....	396
§ 84	Jahresarbeitsverdienst bei Berufskrankheiten	396
§ 85	Mindest- und Höchstjahresarbeitsverdienst	396
§ 87	Jahresarbeitsverdienst nach billigem Ermessen	397
§ 88	Erhöhung des Jahresarbeitsverdienstes für Hinterbliebene.....	397
§ 89	Berücksichtigung von Anpassungen.....	397
Dritter Unterabschnitt – Neufestsetzung		397
§ 90	Neufestsetzung nach Altersstufen.....	397
§ 91	Neufestsetzung nach Schul- oder Berufsausbildung	398

Vierter Abschnitt – Mehrleistungen	398
§ 94 Mehrleistungen	398
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften für Leistungen.....	399
§ 95 Anpassung von Geldleistungen.....	399
§ 96 Fälligkeit, Auszahlung und Berechnungsgrundsätze.....	399
§ 97 Leistungen ins Ausland.....	400
§ 98 Anrechnung anderer Leistungen.....	400
§ 101 Ausschluß oder Minderung von Leistungen.....	401
§ 102 Schriftform.....	401
§ 103 Zwischennachricht, Unfalluntersuchung.....	401
Viertes Kapitel – Haftung von Unternehmern, Unternehmensangehörigen und anderen Personen	401
Erster Abschnitt – Beschränkung der Haftung gegenüber Versicherten, ihren Angehörigen und Hinterbliebenen	401
§ 104 Beschränkung der Haftung der Unternehmer.....	401
§ 105 Beschränkung der Haftung anderer im Betrieb tätiger Personen.....	402
§ 106 Beschränkung der Haftung anderer Personen	402
§ 108 Bindung der Gerichte.....	402
§ 109 Feststellungsberechtigung von in der Haftung beschränkten Personen	402
Zweiter Abschnitt – Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern	403
§ 110 Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern	403
§ 111 Haftung des Unternehmens	403
§ 112 Bindung der Gerichte	403
§ 113 Verjährung	403
Fünftes Kapitel – Organisation	404
Erster Abschnitt – Unfallversicherungsträger	404
§ 114 Unfallversicherungsträger	404
Vierter Unterabschnitt – Gemeinsame Vorschriften über die Zuständigkeit	404
§ 130 Örtliche Zuständigkeit.....	404
§ 131 Zuständigkeit für Hilfs- und Nebenunternehmen	405
§ 132 Zuständigkeit für Unfallversicherungsträger	405
§ 133 Zuständigkeit für Versicherte	405
§ 134 Zuständigkeit bei Berufskrankheiten	405
§ 135 Versicherung nach mehreren Vorschriften.....	406
§ 136 Bescheid über die Zuständigkeit, Begriff des Unternehmers.....	407
§ 137 Wirkung von Zuständigkeitsänderungen.....	408
§ 138 Unterrichtung der Versicherten	408
§ 139 Vorläufige Zuständigkeit.....	408
§ 139a Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland	408
Dritter Abschnitt – Weitere Versicherungseinrichtungen	409
§ 140 Haftpflicht- und Auslandsversicherung	409
§ 141 Träger der Versicherungseinrichtungen, Aufsicht.....	409
Sechstes Kapitel – Aufbringung der Mittel.....	409
Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften.....	409
Erster Unterabschnitt – Beitragspflicht	409
§ 150 Beitragspflichtige	409
§ 151 Beitragserhebung bei überbetrieblichen arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Diensten	410
Zweiter Abschnitt – Beziehungen der Unfallversicherungsträger zu Dritten	410
§ 191 Unterstützungspflicht der Unternehmer.....	410
§ 192 Mitteilungs- und Auskunftspflichten von Unternehmern und Bauherren	410

§ 193	Pflicht zur Anzeige eines Versicherungsfalls durch die Unternehmer.....	411
§ 195	Unterstützungs- und Mitteilungspflichten von Kammern und der für die Erteilung einer Gewerbe- oder Bauerlaubnis zuständigen Behörden.....	412
Achstes Kapitel – Datenschutz.....		413
Erster Abschnitt – Grundsätze		413
§ 199	Verarbeitung von Daten durch die Unfallversicherungsträger.....	413
§ 200	Einschränkung der Übermittlungsbefugnis.....	413
Zweiter Abschnitt – Datenverarbeitung durch Ärzte.....		413
§ 201	Erhebung, Speicherung und Übermittlung von Daten durch Ärzte und Psychotherapeuten.....	413
§ 202	Anzeigepflicht von Ärzten bei Berufskrankheiten	414
§ 203	Auskunftspflicht von Ärzten.....	414
Vierter Abschnitt – Sonstige Vorschriften.....		414
§ 206	Verarbeitung von Daten für die Forschung zur Bekämpfung von Berufskrankheiten	414
§ 207	Verarbeitung von Daten zur Verhütung von Versicherungsfällen und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren	415
Neuntes Kapitel – Bußgeldvorschriften		415
§ 209	Bußgeldvorschriften.....	415
§ 210	Zuständige Verwaltungsbehörde	416
§ 211	Zusammenarbeit bei der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	416
Zehntes Kapitel – Übergangsrecht		417
§ 219a	Altersrückstellungen	417

Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Auszug) – SGB IX

Teil 1 – Regelungen für Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen.....		420
Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften		420
§ 2	Begriffsbestimmungen	420
Kapitel 10 – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben		420
§ 49	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Verordnungsermächtigung	420
§ 50	Leistungen an Arbeitgeber	422
§ 51	Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation	423
§ 52	Rechtsstellung der Teilnehmenden	423
§ 53	Dauer von Leistungen.....	424
§ 54	Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit.....	424
§ 55	Unterstützte Beschäftigung.....	424
§ 56	Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen.....	425
§ 57	Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich	425
§ 58	Leistungen im Arbeitsbereich.....	426
§ 60	Andere Leistungsanbieter	427
§ 61	Budget für Arbeit	427
§ 61a	Budget für Ausbildung	428
§ 62	Wahlrecht des Menschen mit Behinderungen.....	428
§ 63	Zuständigkeit nach den Leistungsgesetzen.....	429
Kapitel 11 – Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen		429
§ 64	Ergänzende Leistungen	429
§ 65	Leistungen zum Lebensunterhalt	430
§ 66	Höhe und Berechnung des Übergangsgelds.....	431
§ 67	Berechnung des Regelentgelts	431
§ 68	Berechnungsgrundlage in Sonderfällen	432
§ 69	Kontinuität der Bemessungsgrundlage.....	433

§ 70	Anpassung der Entgeltersatzleistungen	433
§ 71	Weiterzahlung der Leistungen	433
§ 72	Einkommensanrechnung	434
Teil 2 – Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen (Eingliederungshilfrecht).....		435
Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften		435
§ 97	Fachkräfte.....	435
Kapitel 4 – Teilhabe am Arbeitsleben		435
§ 111	Leistungen zur Beschäftigung.....	435
Teil 3 – Besondere Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen (Schwerbehindertenrecht)		436
Kapitel 1 – Geschützter Personenkreis		436
§ 151	Geltungsbereich	436
Kapitel 2 – Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber		436
§ 154	Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen.....	436
§ 155	Beschäftigung besonderer Gruppen schwerbehinderter Menschen	437
§ 156	Begriff des Arbeitsplatzes.....	437
§ 157	Berechnung der Mindestzahl von Arbeitsplätzen und der Pflichtarbeitsplatzzahl	438
§ 158	Anrechnung Beschäftigter auf die Zahl der Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen.....	438
§ 159	Mehrfachanrechnung	438
§ 160	Ausgleichsabgabe	439
§ 161	Ausgleichsfonds	440
§ 162	Verordnungsermächtigungen	441
Kapitel 3 – Sonstige Pflichten der Arbeitgeber; Rechte der schwerbehinderten Menschen		441
§ 163	Zusammenwirken der Arbeitgeber mit der Bundesagentur für Arbeit und den Integrationsämtern	441
§ 164	Pflichten des Arbeitgebers und Rechte schwerbehinderter Menschen	442
§ 165	Besondere Pflichten der öffentlichen Arbeitgeber.....	443
§ 166	Inklusionsvereinbarung	443
§ 167	Prävention.....	444
Kapitel 4 – Kündigungsschutz		445
§ 168	Erfordernis der Zustimmung	445
§ 169	Kündigungsfrist	445
§ 170	Antragsverfahren.....	445
§ 171	Entscheidung des Integrationsamtes	445
§ 172	Einschränkungen der Ermessensentscheidung	445
§ 173	Ausnahmen	446
§ 174	Außerordentliche Kündigung	446
§ 175	Erweiterter Beendigungsschutz	447
Kapitel 5 – Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrat, Schwerbehindertenvertretung, Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers		447
§ 176	Aufgaben des Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrates	447
§ 178	Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung	447
§ 181	Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers	449
§ 182	Zusammenarbeit	449
Kapitel 6 – Durchführung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen.....		449
§ 185a	Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber	449
Kapitel 7 – Integrationsfachdienste		450
§ 192	Begriff und Personenkreis	450
§ 193	Aufgaben.....	450

Kapitel 8 – Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter und gleichgestellter behinderter Menschen	451
§ 199 Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen	451
§ 200 Entziehung der besonderen Hilfen für schwerbehinderte Menschen.....	451
Kapitel 10 – Sonstige Vorschriften	452
§ 205 Vorrang der schwerbehinderten Menschen	452
§ 206 Arbeitsentgelt und Dienstbezüge	452
§ 207 Mehrarbeit	452
§ 208 Zusatzurlaub.....	452
§ 209 Nachteilsausgleich.....	452
§ 210 Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Heimarbeit.....	453
Kapitel 11 – Inklusionsbetriebe.....	453
§ 215 Begriff und Personenkreis.....	453
§ 216 Aufgaben.....	454
Kapitel 12 – Werkstätten für behinderte Menschen.....	454
§ 223 Anrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe.....	454
Kapitel 14 – Straf-, Bußgeld- und Schlussvorschriften	455
§ 237a Strafvorschriften.....	455
§ 237b Strafvorschriften.....	455
§ 238 Bußgeldvorschriften.....	455
§ 241 Übergangsregelung.....	456

Strafgesetzbuch (Auszug) – StGB

Besonderer Teil	460
Siebenter Abschnitt – Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	460
§ 131 Gewaltdarstellung	460
Zehnter Abschnitt – Falsche Verdächtigung	460
§ 164 Falsche Verdächtigung	460
Dreizehnter Abschnitt – Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	460
§ 174 Sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen	460
§ 177 Sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung	461
§ 180 Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger	462
§ 182 Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen.....	463
§ 184i Sexuelle Belästigung.....	463
§ 184k Verletzung des Intimbereichs durch Bildaufnahmen	463
Vierzehnter Abschnitt – Beleidigung.....	464
§ 185 Beleidigung.....	464
§ 186 Üble Nachrede.....	464
§ 187 Verleumdung.....	464
Fünfzehnter Abschnitt – Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs	464
§ 201 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes.....	464
§ 201a Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs und von Persönlichkeitsrechten durch Bildaufnahmen.....	465
Siebzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit	466
§ 223 Körperverletzung.....	466
§ 224 Gefährliche Körperverletzung	466
§ 225 Mißhandlung von Schutzbefohlenen.....	466

Achtzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die persönliche Freiheit.....	466
§ 238 Nachstellung.....	466
§ 240 Nötigung.....	467
§ 241 Bedrohung.....	468

Teilzeit- und Befristungsgesetz – TzBfG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften Teilzeit- und Befristungsgesetz	470
§ 1 Zielsetzung	470
§ 2 Begriff des teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmers.....	470
§ 3 Begriff des befristet beschäftigten Arbeitnehmers.....	470
§ 4 Verbot der Diskriminierung.....	470
§ 5 Benachteiligungsverbot	471
Zweiter Abschnitt – Teilzeitarbeit.....	471
§ 6 Förderung von Teilzeitarbeit	471
§ 7 Ausschreibung; Erörterung; Information über freie Arbeitsplätze	471
§ 8 Zeitlich nicht begrenzte Verringerung der Arbeitszeit.....	471
§ 9 Verlängerung der Arbeitszeit.....	472
§ 9a Zeitlich begrenzte Verringerung der Arbeitszeit.....	472
§ 10 Aus- und Weiterbildung.....	473
§ 11 Kündigungsverbot.....	473
§ 12 Arbeit auf Abruf	474
§ 13 Arbeitsplatzteilung	474
Dritter Abschnitt – Befristete Arbeitsverträge	475
§ 14 Zulässigkeit der Befristung.....	475
§ 15 Ende des befristeten Arbeitsvertrages	476
§ 16 Folgen unwirksamer Befristung	476
§ 17 Anrufung des Arbeitsgerichts	476
§ 18 Information über unbefristete Arbeitsplätze	476
§ 19 Aus- und Weiterbildung.....	477
§ 20 Information der Arbeitnehmervertretung	477
§ 21 Auflösend bedingte Arbeitsverträge	477
Vierter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften	477
§ 22 Abweichende Vereinbarungen	477
§ 23 Besondere gesetzliche Regelungen.....	477

Verordnung über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen – SonntVerkV

§ 1	480
§ 2 (aufgehoben)	480
§ 3	480

Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (Auszug) – ArbMedVV

§ 1 Ziel und Anwendungsbereich	482
§ 2 Begriffsbestimmungen	482
§ 3 Allgemeine Pflichten des Arbeitgebers.....	482
§ 4 Pflichtvorsorge.....	483
§ 5 Angebotsvorsorge	483
§ 5a Wunschvorsorge	483
§ 6 Pflichten des Arztes oder der Ärztin.....	484
§ 7 Anforderungen an den Arzt oder die Ärztin	484
§ 8 Maßnahmen nach der arbeitsmedizinischen Vorsorge	485
§ 9 Ausschuss für Arbeitsmedizin	485
§ 10 Ordnungswidrigkeiten und Straftaten	486